

Die Wellen der Empörung über die geplante Gebührenerhöhung für Kindergarten- und Krippen schlugen hoch, bevor die Satzung gestern von der rot-grünen Stadtratsmehrheit im Kinder- und Jugendhilfeausschuss verabschiedet wurde (tz berichtete).

Die protestierenden Eltern erreichten immerhin, dass Familien mit etwas höherem Einkommen nicht zu sehr belastet werden, wenn sie zwei oder mehr Kinder in einer Betreuungseinrichtung haben. Die Besuchsgebühr für das zweite Kind wird um zwei Einkommensstufen niedriger angesetzt, das dritte und jedes weitere Kind kosten nichts.

Außerdem sollen Schul- und Sozialreferat überprüfen, ob die Berechnungsgrundlage für die Gebühren vom Vorvorjahr auf das Vorjahr umgestellt werden kann. Eigentlich hatten die Eltern sogar gefordert, völlig auf die Gebühreinstufung nach

Stadtrat beschließt **Kindergarten wird teurer!**

Einkommensverhältnissen zu verzichten. Die finanziell weniger gut gestellten Eltern könnten ihren Beitrag ja beim Jugendamt eintreiben, so der Vorschlag. Das wurde zum einen wegen des hohen Verwaltungsaufwands und des umständlichen Verfahrens für die Betroffenen abgelehnt. Die SPD ist aber auch besonders stolz auf ihre „bayernweit einmalige soziale Staffelung“. Rund 30 Prozent der Eltern mit niedrigem Einkommen sind von Gebühren befreit. Günstiger als früher kommt man beim neuen Gebührensystem, das auch auf den verschiedenen Buchungszeiten basiert, bei sieben- bis

achtstündigen Betreuungszeiten weg. Teurer wird's bei acht und mehr Stunden.

Die Anpassung der Gebührensatzung wurde durch die Reform des Kinderbildungs- und Betreuungsgesetzes nötig. Während SPD und Grüne darauf verweisen, dass durch Ge-

bühren nur 16 Prozent der Kosten abgedeckt werden, sieht die CSU-Fraktion in der neuen Satzung eine „Unverfrorenheit“. Die schulpolitische Sprecherin Marianne Brunner erinnerte daran, dass erst im Jahr 2003 die Gebühren drastisch erhöht worden seien. Bereits 2005 habe Rot-Grün diese weitere zehnprozentige Anhebung zur Haushaltskonsolidierung beschlossen. Fraktionschef Hans Podiuk: „Anstatt scheinheilig über den Wegzug der Familien aus München ins Umland zu lamentieren, sollte Rot-Grün endlich damit aufhören, die Familien auszuplündern.“

BW.